

Sitzung des Ausschusses „ Gesundheit, Soziales und Frauen“ vom 14. Juni 2017

Im Ausschuss „ Gesundheit, Soziales und Frauen“ informiert der Leiter des Polizeireviers Calau Herr Schulze über die Arbeit der Polizei in Bezug auf das Thema Drogen im Bereich Lübbenau/Spreewald. In der Statistik der Polizei seien nur Fälle aufgenommen, die zur Anzeige kamen. Im Rahmen der Präventionsarbeit bietet die Polizei entsprechende Vorträge und Schulungen an, die gerne auch von den Schulen genutzt werden können.

Schüler der 6. Klasse der Leistungs- und Begabtenklasse des Paul-Fahlich-Gymnasiums Lübbenau führten einen Kurzfilm zur Drogenproblematik vor, für den sie im Rahmen des „Kinderrechte Filmfestival“ mit dem 1. Platz ausgezeichnet wurden.

Den Ausschussmitgliedern und interessierten Bürgern wurde das Projekt zukünftiges Kita/Gemeindezentrum in Boblitz vorgestellt. Unter Ausnutzung aller Ressourcen konnten erste Abstimmungen mit der Bauaufsicht erfolgen. Das Bauantragsverfahren soll im Juli 2017 eingeleitet werden, so dass mit dem geplanten Ausschreibungsverfahren nach Vorliegen der Baugenehmigung Anfang 2018 begonnen werden kann.

Mit den Außenanlagen der Kita „ Findus“ wurde im April 2018 begonnen, die Fertigstellung ist Mitte August dieses Jahres geplant. Die Bepflanzung wird im Oktober 2017 erfolgen.

Die energetische Sanierung der Kita „ Wichtel“ wird im August 2017 fertiggestellt, so dass die Kinder und die Erzieher Ende August/Anfang September 2017 wieder ihre Einrichtung in Besitz nehmen können. Die Präsentationen werden auf der Homepage der Stadt Lübbenau/Spreewald (www.luebbenau-spreewald.de) zur Verfügung gestellt.

Das Projekt „ FLIESS“ (Fortschritt, Lebensqualität, Integration, Existenzgründung in der sozialen Stadt) – Projektpartner sind die Stadt Lübbenau/Spreewald und die WEQUA GmbH Lauchhammer – wurde vorgestellt und über die erreichten Ergebnisse der einzelnen Handlungsfelder informiert. Zielgruppen sind Bevölkerungsgruppen mit hohem Armutsrisiko, langzeitarbeitslose Frauen und Männer, Alleinerziehende, gering qualifizierte Erwerbstätige ohne auskömmliche Beschäftigung und Angehörige von Minderheiten sowie Menschen mit Migrationshintergrund und neue Nachbarn. So konnten z. B. 15 Vermittlungen in den 1. Arbeitsmarkt erfolgen, für 45 Teilnehmer der Maßnahme ein Antrag auf Einrichtung einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung gestellt. bzw. 75 Teilnehmer in Aktivierungs- und Bildungsmaßnahmen aufgenommen werden.